



© Fotostudio Peter Kubelka

Hans Kronberger

Energieexperte und Journalist

Gemeinsam statt einsam

Braucht Europa eine gemeinsame Energiepolitik? Eine einfache Frage, die normalerweise mit einem uneingeschränkten und klaren „Ja“ zu beantworten wäre. Immerhin wurde die Europäische Gemeinschaft unter anderem zum Zwecke einer umfassenden Energieversorgung gegründet. Für eine gemeinsame Energiepolitik bedarf es aber der Lösung wesentlicher Grundvoraussetzungen im Vorfeld, von denen die EU allerdings noch weit entfernt ist.

Wider ein demokratisches Prinzip

Die erste wäre die Erkenntnis, dass eine funktionierende Energieversorgung untrennbar mit funktionierenden demokratischen Grundregeln verbunden sein muss. Der EURATOM-Vertrag widerspricht diesem Prinzip massiv. Der auf unbegrenzte Zeit geschlossene Vertrag, der sich der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments entzieht, ist eine Schande für den Demokratied Gedanken. Die zweite Erkenntnis wäre, dass die Nutzung der Atomenergie neben der Gefährlichkeit, Unkontrollierbarkeit und ungelöster Endlagerung ähnlichen Mangelkriterien unterliegt wie Öl und Gas.

Entsolidarisierung als Gefahr

Der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik wird lang und mühsam sein, wenn er aus derzeitiger Sicht nicht sogar unmöglich erscheint, aber an ihm führt kein Weg vorbei! In diversen Richtlinien der EU wird zwar in den so genannten „Erwägungen“ die „Energiesolidarität“ als besondere Tugend angeführt, aber an konkreten Verpflichtungen gibt es kaum etwas Verbindliches. Polens Widerstand gegen das Energieabkommen mit Russland und Italiens Alleingang mit der Öffnung des Endverbrauchermarktes für die Russen bringen zwar individuelle Vorteile für die einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auf Dauer eine völlige Entsolidarisierung. Je nach Bedeutung des Energiethemas in der Zukunft kann dies bis an die Grenzen der Existenz der Union führen, nämlich dann, wenn die Belieferung des einen Landes die Nichtbelieferung des anderen zur Folge hat.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen inneren und äußeren Energiepolitik der EU wird spätestens in zehn Jahren ausschlaggebend für die EU sein. Wenn sie heute nicht angedacht wird, wird sie morgen nicht durchführbar sein. ▽